

Nein zur SVP-Familieninitiative

Darum geht es

Die Volksinitiative der SVP „Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen“ verlangt, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, für die Betreuung ihrer Kinder einen gleich hohen Betrag von den Steuern abziehen können wie Eltern, die ihre Kinder ausserfamiliär betreuen lassen.

Die Initiative ist eine Reaktion auf die Revision der Familienbesteuerung, die seit Anfang 2011 einen Fremdbetreuungskostenabzug pro Kind von maximal Fr. 10'100.- zulässt. Diese Abzugsmöglichkeit wurde geschaffen, um die steuerliche Benachteiligung von Familien, die ihre Kinder auch extern betreuen lassen, abzuschwächen: Vorher bezahlte eine Zweiverdienerfamilie, die ihre Kinder extern betreuen liess, denselben Steuerbetrag wie eine Einverdienerfamilie mit gleichem Einkommen, die ihre Kinder aber zuhause betreute. Dies, obwohl der Zweiverdienerfamilie aufgrund der Betreuungskosten deutlich weniger Einkommen zur Verfügung stand.

Die SVP behauptet, dass diese Abzugsmöglichkeit eine steuerliche Diskriminierung von Eltern darstellt, die zugunsten der Kinderbetreuung auf Erwerbsarbeit verzichten. Sie fordert darum einen steuerlichen Anreiz für die Kinderbetreuung in der Familie und somit auch für den Verzicht auf Erwerbsarbeit.

Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Initiative. Sowohl Nationalrat als auch Ständerat haben die Initiative mit deutlichem Mehr abgelehnt (110:72 bzw. 26:17).

Die Position der Allianz „Nein zur SVP-Familieninitiative“

Die überparteiliche Allianz „Nein zur SVP-Familieninitiative“ spricht sich aus folgenden Gründen gegen die „Familieninitiative“ aus:

- Die finanziellen Folgen der „Familieninitiative“ wären massiv: Steuerausfälle von geschätzten 1,4 Milliarden Franken bei Bund, Kantonen und Gemeinden¹, und dies zugunsten der oberen Einkommen. Bei einer kostenneutralen Umsetzung müssten hingegen die bisherigen Abzugsmöglichkeiten für externe Betreuung drastisch gekürzt werden. Der Kanton Bern hat dies jüngst ausgerechnet: Bei Annahme der Initiative müsste der Abzug von heute über 3000 Franken auf rund 500 Franken pro Kind gekürzt werden. Zusätzlich werden weitere Steuerausfälle entstehen, weil die daheimbleibenden Mütter (und Väter) keiner bezahlten Berufstätigkeit mehr nachgehen und somit kein Einkommen versteuern.

¹ Botschaft des Bundesrats, Eidg. Finanzdirektorenkonferenz

- Jede Familie soll selber entscheiden können, wie sie ihr Familienleben gestaltet – unabhängig von steuerlichen Überlegungen. Mit der vorliegenden Initiative wird hingegen das „traditionelle“ Familienmodell mit einem Einverdiener zementiert. Die Initiative setzt steuerliche Anreize, dass ein Elternteil – in aller Regel die Mutter – zuhause bleibt und die Kinderbetreuung übernimmt. Eltern, die ihre Kinder extern betreuen lassen, sollen steuerlich benachteiligt werden. Es wird also keinesfalls eine bestehende Ungerechtigkeit behoben, vielmehr wird eine neue geschaffen.
- Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es sehr viel sinnvoller, wenn beide Elternteile erwerbstätig bleiben und junge Frauen sich nicht auf ihre Mutterrolle beschränken. Die Schweizer Wirtschaft ist auf gut ausgebildete Frauen und Männer angewiesen. Dass ausgerechnet die SVP, welche die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften bei jeder Gelegenheit beschränken will, eine Initiative lanciert, welche Frauen vom Arbeitsmarkt fernhalten soll, ist reichlich absurd.
- Ein Steuerabzug für die Betreuung zuhause widerspricht den elementarsten Steuergrundsätzen: Wer keine effektiven Auslagen hat, kann auch keine Abzüge geltend machen. Somit verstösst die steuerliche Entlastung von selbstbetreuenden Eltern gegen die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Der in der Initiative geforderte Abzug wäre in etwa vergleichbar mit einem Pendlerabzug für Personen, die zu Hause arbeiten.
- Da es sich um einen Steuerabzug handelt, und nicht um eine direkte Kinderzulage, profitieren nur Familien mit hohem Einkommen von der geforderten Steuerentlastung. Die Hälfte der Familien zahlt seit der letzten Familienbesteuerungsreform gar keine direkte Bundessteuer mehr, weitere 10 Prozent zahlen weniger als 600 Franken.
- Anstelle von Steuerentlastungen für ein paar wenige, wollen wir eine Familienpolitik, die allen zugutekommt. Mit den 1.4 Milliarden Franken – dem geschätzten Steuerausfall – könnten zum Beispiel die heutigen Kinderzulagen um mind. 60 Franken pro Kinder und Monat erhöht werden.

Die „Familieninitiative“ der SVP ist eine billige Mogelpackung, die alles andere als familienfreundlich ist. Sie zementiert das traditionelle Familienmodell und hält Frauen von der Erwerbsarbeit fest. Dies ist sowohl aus gleichstellungspolitischer als auch aus volkswirtschaftlicher Sicht absolut unsinnig. Der geforderte Steuerabzug widerspricht zudem den elementarsten Steuergrundsätzen.

**Jetzt Mitglied der Allianz werden auf:
www.nein-familieninitiative.ch**